

Eurojammer – leider keine Weihnachtsgeschichte

Die Risiken und Nebenwirkungen des Euros sind kaum mehr überschaubar. Man braucht nicht den Apotheker zu fragen, um zu wissen: Der Euro kommt uns immer teurer, und er hat noch nie so viel gekostet wie heute. Das blöde ist, er war auch noch nie so unwichtig wie heute.

Weil die Computer und ATMs (Geldautomaten) uns von der Währung unabhängig machen, klappt der Austausch mit Dollar, Yen, Pfund, Renminbi, Rubel usw. über alle Grenzen hinweg. Das heißt, der Euro ist kein nötiger Standard, sondern eine unnötige Standarte, unter der sich die davon heimgesuchten Europäer zwangsweise scharen müssen - nicht weil sie das selber so wollen, sondern weil die Eurokraten es für richtig befinden. Diese Spitzenpolitiker benutzen den Euro als Hebel, um die europäische Union voranzutreiben.

Der Euro ist eine Geschichte der Selbstermächtigung unserer Eurokraten

Er ist kein Produkt der ökonomischen Vernunft, sondern der politischen Ideologie. Schon die Einführung war ein Akt der politischen Willkür, ganz cool am Volkeswillen vorbei, und vor allem ohne Not. **Vor dem Euro haben die Währungen prima funktioniert, alsdann wurde die gemeinsame Währung mehr schlecht als recht herbeigepfuscht, und erst seither ist das Euroland in Not geraten.** Die Nöte werden nun immer größer, das Euro-Experiment ist für alle Beteiligten gründlich schiefgegangen, und die Eurokraten liegen immer heftiger im Kampf mit Recht und Gerechtigkeit, mit Demokratie und Ökonomie.

Für die Eurokraten gibt es keinen Rechtsgehorsam mehr. Gesetze, Regeln und Vereinbarungen werden ständig missachtet und umgangen. Immer wieder heißt es, bis hierhin und nicht weiter, jetzt ist der Rahmen ausgereizt, und dann wird doch wieder das Recht gebrochen. Rechtsgehorsam wird nur vom Volk erwartet, während die Euro-Politiker treiben, was sie für richtig halten. Die Mechanismen des Marktes sind dabei außer Kraft gesetzt, die Prinzipien von Haftung und Eigenverantwortung gelten nicht mehr. Von Gerechtigkeit ist keine Rede, die kommt in der Agenda gar nicht vor. Auch mit Demokratie hat es kaum noch was zu tun. Unsere Parlamente werden nur sporadisch gefragt, und das Europa-Parlament gleich gar nicht. Wozu abstimmen, wenn sich die Euro-Politik doch für "alternativlos" hält? Und wo sie schon dem politischen Machbarkeitswahn verfällt, kann sie auch dem Irrglauben huldigen, die Politik könnte die Gesetze der Ökonomie wegreigieren.

Griechenland kann nicht zahlen? Dann wird eben ein "Rettungsschirm" gemacht. Die dazugehörigen Sparzwänge führen direkt in die Rezession? Dann wird halt ein "Wachstumspakt" gebastelt. Und wenn der soweit ist und ebenfalls keine Remedur bringt, weil er auf der irrigen Ansicht beruht, Wettbewerbsfähigkeit ließe sich herbeiregieren oder –subventionieren (wie der Aufbau Ost, der nur Kahlschlag brachte)? Wer weiß, dann kommt womöglich die "Liquiditätshilfe" für alle, oder was immer das Eurokratenhirn noch ersinnt. So geht es, bis der letzte Euro nach Gutdünken der Eurokraten umverteilt wird, oder eher, bis alle in den Ruin getrieben worden sind.

Unvernunft

Dabei hält die Ökonomie probate Mittel für die Schuldenprobleme bereit: Bei Konkurs wird umgeschuldet und mit IWF-Hilfe (Internationaler Währungsfonds) wiederaufgebaut. Das hat den Charme, dass die logischen Konsequenzen eintreten, die niemand wegdiskutieren kann. Dann werden die Richtigen zur Verantwortung gezogen (die Investoren, die den Pleitestaaten dreimal soviel Geld geliehen haben, wie die zurückzahlen können), und nicht die Steuerzahler in ganz Euroland. Genau diese Unschuldigen trifft es aber jetzt, weil der unmittelbare Restrukturierungsdruck vergeudet wurde und statt dessen die politische Willkür regiert, die auf Staatskosten Geschenke an die Investoren verteilt.

Politische Willkür steht auch bei der Wettbewerbsschwäche im Weg. **Deshalb wird nicht zum besten verfügbaren Mittel gegriffen, zur Abwertung, so dass sich alles von allein reguliert. Das ist verboten, weil niemand den sakrosankten Euro verlassen darf.** Die Euro-Dogmatiker erzwingen den Verbleib in der unheilstiftenden Währung mit allen Mitteln (und mit den Mitteln von allen).

Die Leute, die den Schaden angerichtet haben, durch misslungene Konzeption, durch mangelnde Kontrolle, durch fehlende Konsequenz, diese Leute dürfen weiterhin Misswirtschaft auf dem Rücken der europäischen Völker treiben. Sie begehen dabei einen Fehler nach dem anderen. Sie setzen die Fehlerkette, die mit der Euro-Schöpfung begann, bei der Bankenkrise und bei der "Staatschuldenkrise" nahtlos fort. Anstatt dass man ihnen das Handwerk legt, dürfen sie immer weiter machen.

Die resultierende Umverteilung von unten nach oben ist nicht nur deshalb perfid, weil den Regelbrechern (die Finanzindustrie zahlt nicht für den Schaden, den sie angerichtet hat, sie betreibt Risikoabwälzung und obendrein Steuerflucht) so viel Staatsgeld geschenkt wird. Der Staat hat das viele Geld doch gar nicht und muss es bei derselben Finanzindustrie pumpen, wo er es gemäß der Regeln verzinst. Also Regeltreue gegenüber Regelbrechern, und perfiderweise fließen die Zinsen nun genau verkehrt herum.

Die Stimme der Vernunft spricht gegen die Umverteilung, denn »bei der Rettung der spanischen Banken werden ohne Not Mrd.-Lasten von den Banken und den Gläubigern auf die Steuerzahler abgewälzt«. Aber genau so läuft es seit 2007. Stets geht das Staatsgeld per Rettungsreflex an die Bankrotten, die die Hand aufhalten, und das sind

letztlich immer die Finanzkonzerne. Die unkonditionierte Retterei ist der ewige Fehler; statt erst mal die Aktionäre heranzuziehen, dann die Manager mit ihren Pensionszusagen und auch die Gläubiger (nach Augenmaß, die großen Schulden müssen in Bankaktien umgewandelt werden, nur die Kleinanleger dürfen eine Staatsgarantie bekommen).

Illusionen

Wenn man den Agendasetzern glaubt, gibt es den bedingungslosen Zahlreflex nicht, sondern da wird eine "Troika" vorgeschoben, die für ordnungsgemäße Reformen samt Rückzahlungssicherheit sorgen soll. In Wirklichkeit sind die Reformen aber kaum noch durchführbar, die Troika fordert sie bloß pro forma, die Regierung beschließt sie, und jeder weiß, dass sie ohne Volksaufstand nicht umgesetzt werden können (und mit Volksaufstand schon gar nicht). Im Fall Griechenland können die Regierenden die Fiktion von der Rettung durch bloße Bürgschaften trotzdem nicht mehr aufrecht erhalten, und nun werden die ersten Geldverluste zugegeben. Die politische Lügengzahl heißt 750 Mio., die realistische Zahl ist das 1000-fache.

Das ist die übliche Salamtaktik, zuerst nur Bruchteile zugeben, und sobald das ohne Aufschrei akzeptiert ist (und wenn die Wahl vorbei ist), geht's richtig los. Wenn Griechenland seine Staatsanleihen für 30% vom nominellen Wert zurückkauft, sind damit 70% Verlust zugegeben (von den tatsächlichen 100%). Das heißt, was die Europäische Zentralbank EZB an griechischen Staatspapieren gekauft und als Sicherheit akzeptiert hat, ist größtenteils verloren, genauso wie die Schulden, die Griechenland beim Target-2-Zahlungssystem der EZB hat (insgesamt ca. 300 Mrd. ohne Folgeschäden).

Das sagt uns aber keiner. Es redet auch niemand von den anderen Dingen, die da passieren. Stattdessen wird der Anschein erweckt, als hätten die Pleitestaaten eine Phase der Problemlosigkeit erreicht (und Zypern soll zur Abwechslung als nicht systemrelevant gelten). In Wirklichkeit wird derzeit wieder massiv umverteilt, denn die Spekulanten kassieren ab. Die Abzocke läuft, weil die politisch fabrizierten Verstöße gegen die Ökonomie eine Geldpumpe für die Zocker sind.

- Die grundlegende Förderung des Zockertums liegt in der Liquiditätswelle (=Niedrigzinspolitik) der EZB, auf der die Spekulanten zu neuem Reibach surfen.
- Die Banken sind mit "Liquiditätshilfen" abgefüllt, mit denen sie faule Staatsanleihen kaufen, die sie umgehend der EZB als "Sicherheit" für neue Kredite hinterlegen. Die EZB wird dadurch zur BAD BANK, aber es lohnt sich – für die Banken. Die kriegen unterm Strich die hohen Zinsen der Staatspapiere geschenkt, ohne das entsprechende Risiko zu tragen.
- Ein weiteres Produkt der politischen Willkür sind Kurssprünge, die je nach Rettungslage die Kurse rauf- und runtertreiben. Spekulanten, die griechische Staatsanleihen zu 17% gekauft haben, konnten zu 34% verkaufen und Milliarden abkassieren.

Von EZB-Chef Draghi stammt die Aussage, die EZB werde beliebig viele Staatsanleihen kaufen, um die Kurse hoch- und die Zinsen niedrigzuhalten. Die Naiven sehen das als geschickten Schachzug an, weil die Ankäufe danach gar nicht nötig waren. Aber für die Zocker bedeutet das, sie können die hochverzinsten faulen Anleihen kaufen, und die EZB garantiert ein weiteres Mal für die Risiken – noch ein Multi-Milliarden-Geschenk für die Finanzkünstler.

Wie viel Geld den Banken schon geschenkt worden ist, und wie viel die Spekulanten abgegriffen haben, ist nur ganz grob zu schätzen; es dürfte im Billionenbereich liegen. Es wird ja nie Rechenschaft abgelegt und Bilanz gezogen. Immer wird getrixt, getäuscht, gemogelt und gelogen. Die ökonomische Vernunft spielt bei den Eurokraten heutzutage genausowenig eine Rolle wie damals bei der Bankenkrise - aber wo die Verantwortlichen doch dauernd die ungeheuerlichsten Sachen möglich machen, warum nicht auch mal was Vernünftiges?

Warum wird das Problem nicht durch Geldschöpfen erledigt, um die Staatsschuld zu begrenzen, um die umgekehrte Zinszahlerei zu sparen und um die unverdienten Bankenprofite zu stoppen? Die Logik hinter dem Tabu der Finanzierung per Geldschöpfung meint in den Banken ökonomischen Verstand zu sehen, der als Korrektiv gegen ungebremste Staatsausgaben wirkt. Das mag ja stimmen, wenn es regulär läuft. Doch wenn die Banken von vorn und hinten gepöppelt werden, und wenn EZB und Rettungsschirme die wirtschaftlichen Regeln dauernd außer Kraft setzen, wo bleibt dann das Korrektiv? Den ökonomischen Verstand kann man in diesem Szenarium mit der Lupe suchen.

Kriminelle Energie

Was wir erleben, ist neuer Ansatz der Politik. Früher hieß das Motto Wohlstand für alle, heute ist es Willkür gegen alle. Was die herrschende politische Kaste perfekt kann, ist Macht an sich zu reißen, ohne dass die Illusion von Demokratie und Volksvertretung auffliegt, und ohne dass die Bevölkerung revoltiert. Wir erleben eine noch nie dagewesene Umverteilung der Macht von den Parlamenten zu den Eurokraten und eine billionenteure Umverteilung des Geldes von unten nach oben. Wenn es nicht um Politik ginge, wären jetzt diverse Fälle von Betrug zu konstatieren, lauter Straftatbestände:

- **Konkursverschleppung bei den Banken und den Problemstaaten.** Da gilt die typische Logik, mit der man sich immer tiefer reinreitet: ein neues Hilfspaket wird gebraucht, sonst sind alle bisherigen Kredite verloren. Um die nächste Runde zu ermöglichen (z. Z. Nr. 4), gibt es immer neue Vorführungen der politisch gewollten Blind-

gläubigkeit gegenüber gebrochenen Versprechen und nicht erreichten Zielen. Gespart wird höchstens dort, wo es leicht geht; also die gewöhnlichen Leute billigmachen. Nur nicht den Reichen was wegnehmen, denen wird sogar Zeit für die Kapitalflucht eingeräumt.

➤ **Bilanzfälschung fiel speziell bei Griechenland auf**, wo die Staatsbilanzen von Goldman Sachs gedoktert wurden, um den Euro-Beitritt zu ermöglichen. Ein hochrangiger Akteur bei dieser Abzockerfirma: der schon erwähnte EZB-Chef Draghi, »aber mit dem Griechenland-Betrug hatte er nichts zu tun«. Kann sein, denn selbst heute ist der griechische Staatshaushalt noch gefälscht: er sieht besser aus, weil der Staat seine Rechnungen nicht bezahlt (und damit viele Firmen in den Ruin treibt). Genaugenommen sind aber auch alle bad banks Fälschung, und davon gibt's in Deutschland genug. Die Deutsche Bundesbank ist schließlich auch eine bad bank, weil sie auf uneinbringlichen Target-2-Forderungen in Billionenhöhe sitzt.

➤ **Veruntreuung ist es, wenn das Volksvermögen umverteilt wird**, wie das bei den Geschenkkaktionen für die Finanzkonzerne der Fall ist. Auch die Vergabe der Rettungskredite ist ein Geschenk, weil die Versicherungsleistung nicht angemessen honoriert wird. Die von der Niedrigzinspolitik erzeugte Geldschwemme bringt nicht nur ein Übermaß an Spekulation, sondern auch gewollte Inflation und greift damit das Grundrecht auf Eigentum an. Langfristig stiehlt die EZB-Politik das Eigentum der Sparer.

➤ **Verfassungsbruch ist institutionalisiert durch die ESM** (Europäische Schulden-Maschine alias "Europäisches Stabilitäts-Management"), denn die belastet ausschließlich die Allgemeinheit, und es ist keinerlei Gläubigerbeteiligung vorgesehen. Die ESM institutionalisiert eine Notmaßnahme als Dauerzustand. Sie ist die totale Ermächtigung von "berufenen" (nicht gewählten) "Gouverneuren", die sich einen rechtsfreien Raum geschaffen haben, in dem sie ihre Willkür ausleben können, ohne dass man sie jemals zur Verantwortung ziehen kann. Die ESM kann Mrd. an Banken und Staaten verschieben, ohne Rechenschaft abzulegen, und trotzdem völkerrechtlich bindend.

➤ **Vertragsbruch in vielfältiger Form seit Maastricht**. Die EZB ist als Stabilitätsbank gegründet, dennoch ist sie nun eine BAD BANK voll fauler Sicherheiten, die sich als Finanzier der Euro-Schulden betätigt, ohne ein Mandat dafür zu haben. Im Euro-Raum hat kein Vertrag dauerhafte Gültigkeit. Sobald mal eine Regelung beschlossen ist, werden nachträglich Konditionen geändert, Limits hochgesetzt, Fristen verlängert, Ziele aufgeweicht, vorrangige Sicherheiten gegen nachrangige ausgetauscht. Wenn vorher bekannt gewesen wäre, was hinterher alles gedreht wird, hätte kaum ein Parlament zugestimmt.

Da fragt man sich, wieso dürfen die Politiker eigentlich Sachen machen, die allen anderen Akteuren verboten sind? Warum gibt es den Anspruch des ehrbaren Kaufmanns, nicht aber den des ehrbaren Politikers? Und darf die Ideologie des Euro-um-jeden-Preis wirklich über alles gehen?

Bankenparadies

Und wie kann es sein, dass immer zuerst die Euro-Gelder dran sind? Die sind immer nachrangig, während die Besitzstände der Finanzaristokratie unangetastet bleiben. Es gab eine Ausnahme, wo die Anleger einen Schuldschnitt hinnehmen mussten, an dem sich die EZB nicht beteiligte. Doch wenn es mit rechten Dingen zugegangen wäre, hätte der Schnitt viel umfassender ausfallen müssen, und es wäre schon eine ganze Reihe davon fällig gewesen. **Das zu verhindern war das Gemeinschaftswerk der Eurokraten: eine einzige Beglückungsaktion für die Finanzindustrie**. EZB-Präsident Draghi darf die Führerschaft bei diesem volksfeindlichen Treiben beanspruchen, er hat seinen früheren Kumpeln aus der Finanzbranche ein Paradies bereitet. Sie können kaum noch was falsch machen, sie dürfen abkassieren, und die Risiken trägt die Allgemeinheit vom Euroland.

Das Schlimmste ist, bei all den Beglückungsaktionen kommt die Restrukturierung kaum voran. Mit Rettungskredit gegen Sparzwang wird im Wesentlichen nur ein Zeitgewinn erreicht. In Wirklichkeit ist das natürlich ein Zeitverlust, weil die eigentlichen Aufgaben nicht angegangen werden. Es gibt ein paar zaghafte Ansätze, die den Finanzakteuren höheres Eigenkapital vorschreiben und ein kleines Bisschen Regulierung versuchen. Nicht dass es viel nutzen würde, denn die Hauptpunkte der Finanzmarktregulierung werden (auch global) nicht bearbeitet.

➤ **Die Finanzwirtschaft ist immer noch von ihrem Zweck gelöst und verfolgt Eigeninteressen**, die dem Interesse der Allgemeinheit zuwiderlaufen. Die Banken sammeln in der Hauptsache nicht das Geld der Sparer ein, um es der Wirtschaft zu leihen, und die Börsen sammeln nicht zuzuerst das Geld der Investoren ein, um es nutzbringend zu investieren.

➤ **Statt dessen sind die Börsen nach wie vor Zockplätze mit 95% Eigenumsatz**, die Zockerei der Banken ist immer noch systemgefährdend und greift auf immer neue Märkte über (Rohstoffe, Nahrungsmittel, Ackerland).

➤ **Der Hochfrequenzhandel** (früher Millisekundentrading, jetzt Mikrosekunden) **bleibt ungebremst**. Diese schlimme Pervertierung der Anlageidee floriert, statt dass Umsatzsteuern und Haltefristen eingeführt werden (davon wird immer nur geredet).

➤ **Die systemschädigenden CDS** (Credit Default Swaps), mit denen auf den Ausfall von Versicherungen spekuliert wird, **bleiben unreguliert**.

➤ **Das unregulierte Schattenbankensystem wird größer** (Anteil schon über 1/3 vom Geldmarkt). Der Schattenbereich mit Indexfonds, Geldmarktfonds, Zweckgesellschaften, Private-Equity-Firmen und Hedge-Fonds entzieht sich der Staatskontrolle, und was neu reguliert wurde, versucht dorthin abzuwandern.

➤ **Steuerflucht und -vermeidung grassieren nach wie vor**, Steueroasen bleiben weitgehend unbehelligt (dass die Schweiz von den USA drangekriegt wurde, war wohl ein Versehen).

➤ **Speziell im Euroland garantiert das Target-2-System die grenzenlose, schrankenlose Kapitalflucht** (schon weit über 1 Billion Euro), und es ermöglicht den Zentralbanken der Problemländer immer noch Geldschöpfung ohne Limit.

Fazit

Es wird Zeit für die allgemeine Einsicht, politisch motivierte Manipulationen der Märkte sind Ursache der Krisen, und nicht ihre Lösung. Das gilt speziell für politischen Dilettantismus im Währungsbereich. Die Polit-Aktionen verschlimmern bloß Kursschwankungsrisiken zu Konkurschwankungsrisiken, und nicht die (hochspekulativen) Leerverkäufe sind das Problem, sondern die Leerversprechungen der Eurokraten. Mit denen werden wir abgespeist, uns wird das hehre Ideal des völkerverbindenden Euros vorgebetet, und in Wirklichkeit räumt die Finanzindustrie mit geflissentlicher Eurokratenhilfe ganz schnöde unser Geld ab.

Wilfried Müller
